

BMEIA-EU.2.13.47/0006-II.1/2018

**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT**

**23/4.1**

**EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten  
am 28. Mai 2018**

## VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am 28. Mai 2018 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini sprach unter dem Punkt laufende Angelegenheiten folgende Themen an: Die Situation in Jemen, die Ergebnisse des Sofia-Gipfels vom 17. Mai d.J., die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel, das EU-AU College-to-College Treffen vom 23. Mai d.J. und das Somalia Partnerschaftsforum am 25. und 26. Juni 2018. NL äußerte sich zu den Ergebnissen des Untersuchungsberichts zu MH 17.

Die anschließende Debatte zum Iran fand in eingeschränktem Format (Minister + 2) statt und konzentrierte sich auf die Zukunft des JCPOA vor dem Hintergrund des Rückzugs der USA.

Die Diskussion zu Venezuela stand im Zeichen der am 20. Mai d.J. stattgefundenen Präsidentschaftswahlen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer Neupositionierung der EU gegenüber Venezuela. Die Ratschlussfolgerungen, die zu diesem Tagesordnungspunkt angenommen wurden, drückten die Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in Venezuela aus und erklärten den Wahlprozess aufgrund der fehlenden Rahmenbedingungen für faire und freie Wahlen für unglaubwürdig.

Außerdem fand eine Debatte zur Situation in der Demokratischen Republik Kongo statt, die Gelegenheit für einen Meinungs austausch über die Vorbereitungen der für 23. Dezember d.J. angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und über die katastrophale humanitäre und Sicherheitssituation in dem Land bot.

Während des Arbeitsm Mittagessens wurde die Situation in Gaza thematisiert, die ursprünglich unter „Laufende Angelegenheiten“ angesprochen hätte werden sollen, aufgrund der anhaltenden Proteste und der Vorkommnisse an der Grenze zu Israel aber als eigener Diskussionspunkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Am Nachmittag wurde das Nachfolgeinstrument zum Cotonou-Abkommen mit den AKP-Staaten besprochen. Ursprünglich hätte beim RAB am 28. Mai d.J. das Verhandlungsmandat der EK für das Nachfolgeinstrument angenommen werden sollen. Aufgrund der Tatsache, dass eine Einigung auf das Mandat im ASTV II allerdings doch nicht zustande kam, stellte die RAB-Diskussion lediglich eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation dar. Die Kompromissfindung wurde wieder in den AStV II verlagert.

Ratsschlussfolgerungen wurden zu Klein- und Leichtwaffen, der Stärkung der zivilen GSVP, dem verstärkten Engagement für Sicherheit in und mit Asien, einem Bericht des Rechnungshofs über Wahlbeobachtungsmissionen und – wie oben angeführt – Venezuela angenommen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 21. Juni 2018  
KNEISSL